



Branchenverband  
Cannabiswirtschaft e.V.

# Wahlprüfsteine, Programme & Aussagen der Cannabiswirtschaft zur Bundestags- wahl 2021

Aussagen & Antworten von Parteien & Politikern

ELEMENTE

Materialien zur Cannabiswirtschaft

Band 14

## Inhaltsverzeichnis

1. Tabellarische Übersicht.....	3
2. Fragen & Antworten.....	4
2.1 Forschung & Förderung zu Cannabis .....	4
2.2 Maßnahmen zum Nutzhanf - Herausnahme aus dem BtMG .....	6
2.3 Grenzwerte und Entbürokratisierung von Nutzhanf .....	7
2.4 Rechtssicherheit & Grenzwertfindung Cannabinoide (z.B. CBD).....	9
2.5 Medizinalcannabis - Gleichstellung von Selbstzahlern mit Kassenpatienten .....	10
2.6 Medizinalcannabis - Vereinheitlichung der Regularien .....	11
2.7 Medizinalcannabis - Regressausschluss für Ärztinnen und Ärzte .....	12
2.8 Normalisierung des legalen Cannabishandels.....	14
3. Auszug aus den Wahlprogrammen zur Cannabis- / Drogenpolitik .....	15
4. Aktuelle Aussagen von Bundespolitikerinnen und Bundespolitikern zu Cannabis .....	19
4.1 Die Kanzlerkandidatin & -kandidaten .....	19
4.2 Die Fachpolitiker.....	20
4.3 Weitere Aussagen von Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern .....	25
4.4 Sommerinterviews des Deutschen Hanfverbands (DHV) .....	27
5. Weiterführende Materialien .....	28

### **Redaktionelle Anmerkungen:**

Am 17.06.2021 wurden die Fragen an die im Bundestag vertretenen Parteien durch den BvCW eingereicht. Zulässig waren jeweils maximal 8 Fragen mit max. 300 Zeichen. CDU/CSU beantworteten die Fragen zusammen. Bis Redaktionsschluss am 31.08.2021 haben wir die eingegangenen Antworten berücksichtigt.

Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker aus den Fraktionen im Deutschen Bundestag haben teilweise weitergehende Forderungen als ihre Partei erhoben (z.B. auf Nachfrage des BvCW oder in öffentlichen Veranstaltungen). Diese haben wir in den Materialien dokumentiert (siehe Seite 19), aber nicht in die Auswertung der hier vorliegenden Antworten der Parteien eingearbeitet.

#### ***Impressum:***

ELEMENTE - Materialien zur Cannabiswirtschaft  
Schriftenreihe des Branchenverband Cannabiswirtschaft e.V.  
(BvCW)  
Herausgeber: BvCW e.V., Luisenstr. 54, 10117 Berlin  
Verantwortlich: Jürgen Neumeyer  
Band 14 V2.1 - Wahlprüfsteine der Cannabiswirtschaft zur Bundestagswahl 2021 - Fragen & Antworten der im Bundestag vertretenen Parteien  
Redaktionsschluss: 16.09.2021



# Wahlprüfsteine der Cannabiswirtschaft zur Bundestagswahl 2021

## 1. Tabellarische Übersicht

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die LINKE	B90/Grüne
<b>1. Förderung &amp; Forschung zu Cannabis</b>						
<b>2. Maßnahmen zum Nutzhanf - Herausnahme aus dem BtMG</b>	<sup>1</sup>	<sup>1</sup>				
<b>3. Grenzwerte und Entbürokratisierung von Nutzhanf</b>	<sup>1</sup>	<sup>1</sup>				
<b>4. Rechtssicherheit &amp; Grenzwertfindung Cannabinoide (z.B. CBD)</b>						
<b>5. Medizinalcannabis: Gleichstellung von Selbstzahlern mit Kassenpatienten</b>						
<b>6. Medizinalcannabis: Vereinheitlichung der Regularien</b>				<sup>2</sup>		<sup>2</sup>
<b>7. Medizinalcannabis: Regressausschluss für Ärztinnen und Ärzte</b>						
<b>8. Normalisierung des legalen Cannabis-handels</b>						

Entspricht weitgehend oder voll den Forderungen des BvCW

Entspricht überwiegend den Forderungen des BvCW

Entspricht zum Teil den Forderungen des BvCW

Entspricht nicht den Forderungen des BvCW

Keine Antwort

<sup>1</sup>Die Bundestagsfraktionen stellten hierzu bereits Änderungsbedarf fest, siehe Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft. Bundestagsdrucksache 19/31100: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/311/1931100.pdf>

<sup>2</sup>Laut FDP und Grünen liegt die Zuständigkeit hierzu nicht bei der Bundespolitik.



## 2. Fragen & Antworten

### 2.1 Forschung & Förderung zu Cannabis

#### 1. Inwieweit werden Sie sich für die Forschungsförderung zu den Potentialen von Hanf (medizinisch, Nutzhanf, Baustoff, Lebensmittel, Cannabinoide, Green Deal) einsetzen um Deutschland wieder wirtschaftlich international anschlussfähig zu machen? Welche zusätzlichen Förderungen möchten Sie einrichten?



Vorbemerkung: Eine Legalisierung illegaler Drogen lehnen wir ab. Zu groß sind die gesundheitlichen Folgen für den Einzelnen und die Auswirkungen auf Familie, Umfeld und Gesellschaft. Wer legalisiert, der stellt gerade nicht Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Drogenpolitik, entzieht sich seiner Verantwortung und lässt Betroffene sowie ihre Angehörigen mit den Problemen allein. Das ist nicht unser Weg. Was wir brauchen, sind Aufklärung sowie frühe und massentauglichere Sanktionen, die der Tat auf dem Fuße folgen und unmittelbar zur Wahrnehmung von Beratungs- und Therapieangeboten veranlassen.

Mit Fokus auf die medizinische Anwendung der Hanfpflanze begrüßen wir Forschungsansätze über innovative Darreichungsformen und Potentiale von Cannabinoid- Arzneimitteln. Darüber hinaus erkennen wir einen großen Nutzen von Hanf als natürlichen, nachwachsenden Baustoff. CDU und CSU wollen nachhaltiges und bezahlbares Bauen fördern. Das heißt für uns, umweltfreundliche Baustoffe wie Holz, aber solche auf Hanfbasis, zu verwenden. Nachwachsende Rohstoffe helfen dem Klimaschutz und ermöglichen massive CO<sub>2</sub>-Einsparungen in der Bauwirtschaft.



Die von Ihnen adressierte Forschungsförderung zielt auf verschiedene Ressorts der Bundesregierung ab. Grundsätzlich steht die SPD dem Produkt Hanf in all seinen Ausprägungen und Anwendungsgebieten als natürlichem und innovativen Produkt ausgesprochen aufgeschlossen gegenüber. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir z.B. die laufenden Studien zum Einsatz von Cannabis als Medizin für verschiedene Indikationen. Wir haben uns als SPD wiederholt für eine gezielte Forschungsförderung gerade von Cannabis als Medizin im Rahmen unserer Regierungsverantwortung stark gemacht. Wir konnten aber auch feststellen, dass sich der Markt und die laufenden Studien sehr dynamisch entwickeln. Wir werden diesen Prozess auch in Zukunft sehr aufmerksam verfolgen und die Frage der Förderungswürdigkeit in erneuter Regierungsverantwortung auch fortgesetzt intensiv prüfen und ggf. auch handeln.



Bisher keine Antwort eingegangen.



Bevor über eine gezielte Förderung von Hanfprodukten diskutiert wird, sollte zunächst die von uns Freien Demokraten geforderte kontrollierte Freigabe von Cannabis zu Genusszwecken an Erwachsene erfolgen. Unser Ziel ist es, in sämtlichen Bereichen Bürokratie abzubauen und als Standort attraktiver für Start-ups und innovative Technologien zu werden. Wir wollen die Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG) auf den Weg bringen. Sie soll unab-

hängig agieren und als Selbstverwaltungseinrichtung sowohl technologische als auch soziale Innovationen unterstützen. Förderfähig sind Projekte unter Beteiligung einer Hochschule einerseits und einem Unternehmen aus Wirtschaft oder Zivilgesellschaft andererseits. Die DTG wäre ein One-Stop-Shop, der Transfer-Know-how bündelt und kostenneutral durch bislang auf mehrere Ministerien verteilte Transferfördergelder finanziert wäre. Software- und Hightech-Unternehmen sowie Start-ups werden so in ihrer Leistungs- und Innovationskraft gestärkt.

## **DIE LINKE.**

DIE LINKE sieht enormes Potenzial in der vielfältigen Nutzung von Hanf. Das hat sie wiederholt deutlich gemacht (vgl. Antrag "Potenziale des Nutzhanfanbaus voll ausschöpfen", Bundestagsdrucksache 19/25883). Die Förderung von Wissenschaft und Forschung zur vielfältigen Nutzung von Hanf spielt dabei wichtige Rolle. Dazu gehört unter anderem der Anbau- und Erntetechnik sowie Verarbeitung, Anwendung und Therapien des Medizinalcannabis und das Ermöglichen von Sortenzüchtungen. Zudem sollte über eine Förderung von Nutzhanf als Zwischenkultur im Rahmen der GAP nachgedacht werden.



Die Prohibition von Cannabis zu Genusszwecken beeinträchtigt auch die Forschung und Nutzung im Zusammenhang mit Nutzhanf, CBD und Cannabis als Medizin. Wir GRÜNE sprechen uns dafür aus, Cannabis grundsätzlich aus dem Betäubungsmittelgesetz zu streichen und kontrolliert abzugeben und so auch Forschungshemmnisse abzubauen. Der wissenschaftliche Umgang mit Cannabis sowie der Anbau von Nutzhanf (mit einem THC-Gehalt von unter 0,2 %) sollen nicht genehmigungspflichtig sein, werden aber anzeigepflichtig. Die Förderung von Wissenschaft und Forschung soll ausgebaut werden, insbesondere in den Bereichen Anbau- und Erntetechnik sowie Verarbeitung, gesundheitlicher Nutzen und Verbraucher\*innenschutz von Produkten auf Basis von Cannabidiol und anderen Cannabinoiden, Sortenzüchtung. Mehr Forschung kann dazu beitragen, Cannabis als Medizin gezielt einsetzen zu können und Leiden zu lindern.

## 2.2 Maßnahmen zum Nutzhanf - Herausnahme aus dem BtMG

### 2. Welche Maßnahmen wollen Sie zum Thema Nutzhanf nach der Bundestagswahl ergreifen? Setzen Sie sich dafür ein, dass EU-zertifizierter Hanf bzw. Nutzhanf mit unter 0,2% THC-Gehalt und die daraus hergestellten Produkte aus dem Betäubungsmittelgesetz (BtMG) herausgenommen werden?

**CDU CSU** Wir planen keine Änderung der Rechtslage.



Die SPD hält eine Evaluation des BtMG grundsätzlich für nötig, da wir gerade mit Blick auf Cannabis als Genussmittel zu einem zeitgemäßen Umgang kommen wollen. Wir sprechen uns deshalb insbesondere dafür aus, dass zukünftig der vereinheitlichte Besitz geringer Mengen Cannabis nur noch als Ordnungswidrigkeit behandelt wird. Zur Frage der Herausnahme von Nutzhanf aus dem BtMG hat die SPD aktuell keine Beschlusslage. Wir nehmen Ihren Hinweis daher an dieser Stelle gern auf und werden Ihre Anregung in die Diskussion um eine Evaluation des BtMG gern einfließen lassen und im Rahmen unserer künftigen Regierungsverantwortung aktiv diskutieren.



Bisher keine Antwort eingegangen.



Wir setzen uns grundsätzlich für eine geordnete Deregulierung im Bereich von Hanfprodukten ein. Neben Genusscannabis betrifft das auch Nutzhanfprodukte. Allerdings wird es aus praktischen Erwägungen und zur Abgrenzung von Hanf mit höherem THC-Gehalt immer einen Regelungsbedarf geben, wir möchten diesen aber möglichst unbürokratisch und kostengünstig gestalten.



Wir fordern z.B. die Förderung des Hanfanbaus in ehemaligen Braunkohlegebieten. Der Anbau von Hanf ist eine aussichtsreiche Chance, innerhalb des Strukturwandels einer ökologischen Nutzung der Bergbaufläche bei gleichzeitigem Angebot von Arbeitsmöglichkeiten unserer Förderung nach einem sozialökologischen Wandel gerecht zu werden.



Ja, wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Cannabis grundsätzlich aus dem Betäubungsmittelgesetz gestrichen wird. Gerade für Nutzhanf ist die aktuelle Regulierung absurd, da eine Zweckentfremdung extrem unwahrscheinlich und eine Rauschwirkung nahezu ausgeschlossen ist. Die Richtwerte zur Risikobewertung von BfR und EFSA für Produkte aus Nutzhanf müssen angepasst werden und wissenschaftlichen Kriterien entsprechen. Die Zulassung der Sorten darf nicht willkürlich beschränkt werden. Zugelassene Sorten müssen ohne weitere Prüfungen gekauft und angebaut werden können. Bürokratische Hürden sind zu reduzieren. Der Beitrag von Nutzhanf zum Umweltschutz muss anerkannt und die Verwendung der Pflanze für eine klima- und bodenschonende sowie biodiversitätsfördernde Landwirtschaft gefördert werden.

## 2.3 Grenzwerte und Entbürokratisierung von Nutzhanf

### 3. Treten Sie dafür ein, dass beim Nutzhanf wieder ein höherer THC-Grenzwert möglich wird? Falls ja, bis zu welcher Höhe (z.B. Schweiz 1,0%)? Welche Entbürokratisierungen streben Sie im Bereich Nutzhanf an (z.B. die Abschaffung der Blühhmeldung und Erntefreigabe oder Erlaubnis von Gewächshaus-Anlagen)?

**CDU CSU** Wir planen keine Änderung der Rechtslage.



Hanf ist eine vielseitig einsetzbare Nutzpflanze, deren Anbau in Deutschland auf vielen Standorten sehr gut möglich ist und sich gut in die Fruchtfolgen vieler Ackerbaubetriebe einfügen kann. Der Anbau von Nutzhanf ist seit 1996 zwar möglich, der bürokratische Aufwand für Landwirt\*innen und Verarbeiter\*innen ist allerdings vergleichsweise hoch. Daher haben wir im Juni dieses Jahres in einem Fachgespräch im Deutschen Bundestag mit Expert\*innen einen möglichen Handlungsbedarf erörtert. Neben einer Anhebung des THC- Grenzwertes für Nutzhanf, kann die gezielte Förderung von Forschung an neuen Sorten, die an die hiesigen klimatischen Bedingungen angepasst sind, den Weg für einen einfacheren Nutzhanfanbau frei machen.



Bisher keine Antwort eingegangen.



Wir sprechen uns für einen möglichst bürokratiearmen Nutzhanfanbau aus. Es gilt auch, die THC-Werte und die Prüfmethode einheitlich festzulegen, dieses soll anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse geschehen. Wir setzen uns für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken an Erwachsene ein, ebenso für eine einfachere Versorgung von Patientinnen und Patienten mit medizinischem Cannabis. Um "Cannabis Made in Germany" zu wettbewerbsfähigen Konditionen herstellen zu können, fordert die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, dass – abweichend von den bestehenden Regelungen für Medizinalcannabis – Genusscannabis in speziell gesicherten Gewächshäusern angebaut werden darf. Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen soll zugelassen werden, sofern dies mit EU-Recht vereinbar ist (BT-Drs. 19/27807).



DIE LINKE setzt sich dafür ein den THC-Grenzwert für Nutzhanf auf mindestens 0,6 Prozent in der Trockenmasse anzupassen. Zugelassene Sorten müssen ohne weitere Prüfungen gekauft und angebaut werden können, solange die Verwendung von zertifiziertem Saatgut durch Rechnungsbelege oder Laboranalysen bei Nachbau dokumentiert ist. Darüber hinaus ist bürokratischer Mehraufwand ohne erkennbaren Nutzen abzubauen, wie die Meldepflicht jeder einzelnen bestellten Saatguteinheit (statt Angabe der gesamten Lieferung gebündelt) sowie verpflichtenden Blühhmeldungen.



Ja, wir GRÜNE setzen uns für eine Anpassung des THC-Grenzwertes für Nutzhanf auf mindestens 0,6 Prozent in der Trockenmasse ein. Natürliche wetterbedingte Schwankungen machen sonst den Anbau von Nutzhanf zu einem Glücksspiel, bei dem ggf. wertvolle Ressourcen vernichtet werden müssen. Zugelassene Sorten müssen ohne weitere Prüfungen gekauft und angebaut werden können, solange die Verwendung von zertifiziertem Saatgut durch Rechnungsbelege oder Laboranalysen bei Nachbau dokumentiert ist. Darüber hinaus ist bürokratischer Mehraufwand ohne erkennbaren Nutzen abzubauen, wie die Meldepflicht jeder einzelnen bestellten Saatguteinheit (statt Angabe der gesamten Lieferung gebündelt) sowie verpflichtenden Blühhemeldungen, die zu einer Verzögerung der Ernte führen können.

## 2.4 Rechtssicherheit & Grenzwertfindung Cannabinoide (z.B. CBD)

### 4. Wie ist Ihre Haltung zum Thema nicht-psychoaktive Cannabinoide (z.B. CBD, CBG, CBN) und welchen Rechtsrahmen für den sicheren Umgang mit Cannabinoiden wollen Sie nach der Bundestagswahl umsetzen? Befürworten Sie eine Grenzwertfindung zum sicheren Handel mit nicht-psychoaktiven Cannabinoiden?



Wir beobachten die wissenschaftliche Debatte zur Verkehrsfähigkeit von aus Nutzhanf hergestellten Produkten aufmerksam und werden weitere Schritte prüfen.



Nicht-psychoaktive Cannabinoide gewinnen in vielfältiger Hinsicht zunehmend an Bedeutung. Erste Forschungen zeigen, dass diese Verbindungen positive Wirkungen für Patient:innen haben können. Deshalb gehört auch für uns als SPD der Umgang mit CBD und Co. auf die Agenda einer Diskussion um den zukünftigen Umgang mit Hanfprodukten / der Diskussion um Cannabis als Genussmittel.



Bisher keine Antwort eingegangen.



Gegenüber einem bundeseinheitlichen Grenzwert bei nicht-psychoaktiven Cannabinoiden sind wir grundsätzlich aufgeschlossen. Damit ist es allerdings aus unserer Sicht nicht getan, denn wir benötigen auch einheitliche Prüfmethode, um hier eine Rechtssicherheit für alle Beteiligten herzustellen. Als Freie Demokraten setzen wir uns für eine kontrollierte Abgabe von Genusscannabis an Erwachsene ein. Wichtig ist uns, dass auch nicht-psychoaktive Cannabinoide nicht in die Hände von Kinder und Jugendlichen gelangen.



DIE LINKE setzt sich dafür ein Nutzhanfzubereitungen, in denen Cannabinoide, u. a. Cannabidiol (CBD), enthalten sind und ihr Gehalt nicht höher ist, als dieser von Natur aus in Cannabis Sativa L. (EU-zertifizierte Sorten) vorhanden ist, weder als "neuartige Lebensmittel" im Sinne der Novel-Food-Verordnung (NFV) noch als Suchstoff einzuordnen. Eine Grenzwertfindung kann dazu beitragen die nötige Rechtssicherheit für die gesamte Wertschöpfungskette zu schaffen.



Die Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit CBD-Produkten treibt viele Unternehmer\*innen und Verbraucher\*innen um, insbesondere nach der Einstufung einiger CBD-Produkte im Novel Food Katalog der EU. Die zunehmende Repression im Zusammenhang mit CBD ist nicht angemessen und längst durch wissenschaftliche Erkenntnisse überholt. Wir GRÜNE halten es für richtig, einen umfassenden Verbraucher\*innenschutz sicherzustellen, ideologisch motivierte Repression ist dafür aber nicht der richtige Weg. Mit dem von uns vorgeschlagenen Cannabis-Kontrollgesetz, das eine Kennzeichnung der Inhaltsstoffe und Wirkstoffkonzentrationen auf den Produkten einschließt, würde auch für nicht-psychoaktives Cannabis Rechtssicherheit geschaffen.

## 2.5 Medizinalcannabis - Gleichstellung von Selbstzahlern mit Kassenpatienten

### 5. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass medizinisches Cannabis künftig für Selbstzahler und Privatpatienten nach den gleichen Standards berechnet wird, wie bei Kassenpatienten?



Wir planen keine Änderung in § 31 Absatz 6 SGB V zur Kostenübernahme einer Cannabistherapie durch die gesetzlichen Krankenkassen.



Die unterschiedliche Behandlung von GKV- und PKV-Patient:innen will die SPD seit Langem im Rahmen der Schaffung einer solidarischen Bürgerversicherung überwinden. Denn nur die zukünftig nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip organisierte Verbundenheit der Versicherten schafft letztlich effiziente und zukunftsfähige Versorgungsstrukturen und -angebote im Interesse aller Versicherten. Wir werben daher für andere politische Mehrheiten, da dieses Zukunftsprojekt von der CDU/CSU aus ideologischen Gründen vehement und anhaltend abgelehnt wird.



Bisher keine Antwort eingegangen.



Die Abrechnung von medizinischem Cannabis nach gleichen Standards wie in der gesetzlichen Krankenversicherung für Selbstzahler und Privatpatienten wird in der Praxis nicht möglich sein. Im System der gesetzlichen Krankenversicherung schließen die einzelnen Kassen Rabattverträge mit Herstellern ab, die ganz unterschiedlich sein können. Als Freie Demokraten setzen wir uns vielmehr für transparente Preise und einen Preiswettbewerb ein, der bei herkömmlichen Arzneimitteln gut funktioniert.



Ja. DIE LINKE fordert selbstverständlich, dass medizinisches Cannabis auf Privatrezept nicht teurer ist, als wenn die Krankenkasse die Kosten übernimmt. Für Selbstzahler ist Medizinalcannabis in der Apotheke eigentlich unbezahlbar. Aber selbst wenn der Preis sinkt, sehen wir als grundlegendes Problem noch immer, dass etwa 40% der Anträge auf Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenkasse abgelehnt werden. Menschen mit schweren Erkrankungen sollten nicht für Medizin, die ihnen hilft, selbst bezahlen müssen. Wir fordern daher den Genehmigungsvorbehalt abzuschaffen.



Wer Cannabis als Medizin benötigt, muss es auch bekommen können. Da jedoch über ein Drittel der Verordnungen von den medizinischen Diensten der Krankenkassen abgelehnt werden, sind viele Patient\*innen gezwungen, Cannabis selbstzahlend über ein Privatrezept zu beziehen. Wir GRÜNE setzen uns für eine Streichung des Genehmigungsvorbehalts ein, damit die Kosten zukünftig übernommen werden

## 2.6 Medizinalcannabis - Vereinheitlichung der Regularien

### 6. Werden Sie sich für eine bundesweite Vereinheitlichung der Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischem Cannabis mit dem Ziel einsetzen, dass auch Cannabisblüten und -Extrakte als Ausgangsstoff für Defekture- und Rezepturarzneimittel zukünftig einheitlich als Wirkstoffe kategorisiert werden?



Gemäß Apothekenbetriebsordnung muss eine Überprüfung der Ausgangsstoffe in Übereinstimmung mit § 6 der Apothekenbetriebsordnung erfolgen. CDU und CSU werden Apothekerinnen und Apotheker bei der Qualitätssicherung unterstützen, den Aufwand, ohne Abstriche bei der Patientensicherheit, möglichst gering zu halten.



Die Diskussion in der Schmerzmediziner- und Apothekenszene zur Frage Cannabis als Fertigarzneimittel vs. Cannabisblüten als Grundstoff in der Anwendung verfolgen wir sehr genau. Für uns ist wesentlich für die Beantwortung dieser Frage, was die anhaltenden Studien in Bezug auf die Anwendung von Medizinalcannabis mit Blick auf bestimmte Krankheitsbilder ergeben.



Bisher keine Antwort eingegangen.



Wir setzen uns für einen Bürokratieabbau bei der Verschreibung und Zubereitung von medizinischem Cannabis ein. In der Praxis ist die Kategorisierung von Wirkstoffen allerdings nicht Aufgabe der Politik, sondern der Fachgremien im Gesundheitswesen.



Die Preisbildung bei Cannabis-Zubereitungen aus der Apotheke ist nach wie vor unnötig aufwändig und uneinheitlich. Die Arbeitsleistung der Apotheke muss sich fair abbilden. Dies hat nichts mit dem Einkaufspreis der Ausgangssubstanzen zu tun. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass für Qualitätsprüfungen eine einheitliche Vergütung unabhängig vom Warenwert, sondern abhängig vom tatsächlichen Aufwand in der Apotheke vereinbart wird. Grundsätzlich muss aber hinterfragt werden, dass Cannabiszubereitungen als Rezeptur/Defekture behandelt werden. Die Vermarktung als Abfüllung könnte auch ohne nochmalige Prüfung in der Apotheke qualitätsgesichert erfolgen.



Zubereitungen von z. B. Cannabisblüten gelten als Rezepturarzneimittel, die mit einem zusätzlichen Aufwand für Apotheker\*innen und dadurch höheren Kosten als Fertigarzneimittel verbunden sind. Dabei liegt gerade in dem Zusammenspiel verschiedener Wirkstoffe die Chance für einen medizinischen Nutzen, den Monopräparate nicht in jedem Fall abdecken können. Hierzu besteht weiterer Forschungsbedarf. Zur Einigung über die Cannabis-Preise zwischen GKV Spitzenverband und dem Apothekerverband musste nach Ablauf der Frist im März 2020 die Schiedsstelle angerufen werden. Die nun vereinbarte Neuregelung sieht verringerte Zuschläge für die Apotheken vor (und damit Kosteneinsparungen für die GKV). In Schleswig-Holstein werden auch Blüten als Fertigarzneimittel eingestuft, wodurch die Prüfpflicht und die Mehrkosten entfallen. Die Zuständigkeit für die Einstufung als Fertigarzneimittel liegt bei den Ländern.

## 2.7 Medizinalcannabis - Regressausschluss für Ärztinnen und Ärzte

**7. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass für alle Fälle, in denen die Kostenerstattung für medizinisches Cannabis durch die Krankenkasse unter Einbeziehung des Medizinischen Dienstes erfolgte, ein gesetzlicher Regressausschluss für Ärztinnen und Ärzte eingeführt wird?**

**CDU CSU** Wir planen keine Änderung der Rechtslage.



Wie Sie wissen, unterliegen Regressansprüche der Kassen strengen Voraussetzungen und sind an eine Kaskade von vorgelagerten Informationen, vorheriger Beratung und nachgelagerte Begründungsmöglichkeiten der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte gekoppelt. Sie kommen richtigerweise für verschreibungspflichtigen Arzneimittel gleichermaßen zur Anwendung. Dennoch handelt es sich im Fall von Cannabis als Medizin und die vorherig persönliche Beantragung und Genehmigung der Kassen um eine spezielle Konstellation, die wir in unsere Überlegungen für eine künftige Reform der Verordnung von Cannabis als Medizin in erneuter Regierungsverantwortung einfließen lassen.



Bisher keine Antwort eingegangen.



Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat einen Gesetzentwurf vorgelegt (BT-Drs. 19/26181), der eine Abschaffung des Genehmigungsvorbehalts bei der Verordnung von medizinischem Cannabis vorsieht. Gleichzeitig soll es behandelnden Ärzten freigestellt werden, eine Genehmigung zu beantragen. Liegt eine solche Genehmigung vor, sollen Regresse ausgeschlossen werden.



Ja. Wir fordern mehr Sicherheit für Ärzt\*innen bei der Verschreibung von medizinischem Cannabis. Noch immer sind Mediziner\*innen sehr vorsichtig bei der Verordnung von Medizinalcannabis. Die Erfüllung der Voraussetzung, dass Patient\*innen austherapiert sein müssen, wird vom medizinischen Dienst immer wieder hinterfragt. Wir wollen, dass Ärzte ohne Sorge vor Regressansprüchen Cannabis verordnen können.



Es ist kein tragbarer Zustand, dass die Hürden für Medizinalcannabis besonders hoch sind. Noch immer ist die Skepsis in der Ärzteschaft spürbar, doch zunehmend wird Cannabis als nebenwirkungsärmere Alternative, zum Beispiel zu Opioiden, akzeptiert. Zum Teil erhalten Patient\*innen trotz ärztlicher Verschreibung keine Cannabis-Therapie, weil die Krankenkassen keine Genehmigung dafür erteilen. Über ein Drittel aller Anträge wird abgelehnt. In der Begründung zum Gesetzentwurf von 2017 stand jedoch, dass Anträge nur im Ausnahmefall abgelehnt werden sollen. Da sich der Genehmigungsvorbehalt in der Praxis nicht bewährt hat, hat die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Streichung des Genehmigungsvorbehalts vorsieht. Zudem könnte geprüft werden, Cannabis als

Praxisbesonderheit anzuerkennen, damit Ärzt\*innen nicht aus Sorge vor Regressen auf eine Verordnung von Cannabis verzichten müssen, obwohl es ihren Patient\*innen helfen würde.

## 2.8 Normalisierung des legalen Cannabishandels

### 8. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass Anbieter legaler Cannabisprodukte nicht weiter von Zahlungsdienstleistern, Banken und Social-Media-Anbietern ("Shadow-Ban") diskriminiert werden? Befürworten Sie eine Begründungspflicht bei Ablehnung von Dienstleistungen gegenüber den Antragstellern?



Dienstleistungserbringer dürfen niemanden diskriminieren, haben aber auch eine gewisse Verantwortung für ihre Leistungen. Wir werden deshalb prüfen, welche Maßnahmen umgesetzt werden können, um höchstmögliche Transparenz für die Verbraucher zu gewährleisten.



Die SPD tritt grundsätzlich für einen Kulturwandel in Sachen Cannabis ein. Es gilt den in weiten Teilen der Gesellschaft bereits praktizierten unverkrampften Umgang aufzugreifen und mit konkreten fördernden ordnungspolitischen Maßnahmen zu begleiten. Ob nun bei der Frage des Umgangs mit Cannabis als Genussmittel in der Gesellschaft bzw. die Umsetzung von Modellprojekten oder mit Blick auf die Bereitschaft der Ärzt:innenschaft zur Verschreibung von Medizinalcannabis an Patient:innen: Wir werben weiter aktiv für jenen Kulturwandel!



Bisher keine Antwort eingegangen.



Als Freie Demokraten setzen wir auf Marktwirtschaft und Privatautonomie. Das bedeutet allerdings auch, dass kein Anbieter gezwungen werden kann, bestimmte Produkte zu bewerben oder zu bevorzugen oder zu benachteiligen.



Diese Problem muss auf europäischer Ebene gelöst werden, da Zahlungsdienstleister wie PayPal selektiv ihre Dienste verweigern und sich dabei z.B. auf das luxemburgische Bankenrecht beziehen können. Zudem werden in der EU und auch von den deutschen Strafverfolgungsbehörden nicht alle CBD-Produkte als legale Produkte kategorisiert. Wir fordern daher vor allem Rechtssicherheit für CBD-Produkte. Die zwischenzeitlichen Überlegungen der EU-Kommission, CBD als Betäubungsmittel zu klassifizieren, lehnen wir entschieden ab.



Sofern beispielsweise kartellrechtlich aufgrund einer marktbeherrschenden Stellung eine Pflicht zum Vertragsabschluss besteht, ergibt sich daraus grundsätzlich auch eine Begründungspflicht, wenn der Vertragsabschluss dennoch abgelehnt oder ein bereits geschlossener Vertrag gekündigt wird. Die Voraussetzungen für einen solchen Kontrahierungszwang sind jedoch zu Recht hoch und eine Begründungspflicht ohne entsprechende Pflicht zum Abschluss des Vertrages liefe letztlich leer. Gleichzeitig haben Zahlungsdienstleister in doppelter Hinsicht eine besondere Verantwortung: Sie dürfen ihre eigene Stellung am Markt nicht missbrauchen und müssen gleichzeitig entsprechend der gesetzlichen Vorgaben sicherstellen, dass ihre Dienstleistungen nicht missbraucht werden. Hohe Standards in Bezug auf die interne Prüfung sind daher unerlässlich und müssen im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeit beispielsweise von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geprüft werden.

### 3. Auszug aus den Wahlprogrammen zur Cannabis- / Drogenpolitik



„Nur gemeinsam als Europäische Union können wir Drogenschmuggler, Menschenhändler, international agierende Banden, Gefährder und Terroristen wirksam bekämpfen.“, S. 24 f.

Keine Drogen legalisieren, Suchtprävention stärken

„Eine Legalisierung illegaler Drogen lehnen wir ab. Zu groß sind die gesundheitlichen Folgen für den Einzelnen und die Auswirkungen auf Familie, Umfeld und Gesellschaft. Wer legalisiert der stellt gerade nicht Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Drogenpolitik, entzieht sich seiner Verantwortung und lässt Betroffene sowie ihre Angehörigen mit den Problemen allein. Das ist nicht unser Weg.

- Was wir brauchen, sind **Aufklärung sowie frühe und massentauglichere Sanktionen, die der Tat auf dem Fuße folgen und unmittelbar zur Wahrnehmung von Beratungs- und Therapieangeboten veranlassen.**
- Bei legalen Suchtmitteln setzen wir auf verantwortungsvollen Umgang. Dafür braucht es mehr Aufklärung, bessere Hilfsangebote und einen starken Jugendschutz, um den Gefahren des Rauchens und des Alkoholmissbrauchs wirkungsvoll zu begegnen.“, S. 66

„Straftäter sind heutzutage oft hochmobil, Banden agieren etwa bei Wohnungseinbrüchen, Menschen-, Drogen- und Waffenhandel längst grenzüberschreitend. Darauf reagieren wir in der Kriminalitätsbekämpfung.“, S. 111

<https://online.fliphtml5.com/kxyi/eyjg/>



3.14. Gesundheitsschutz, Jugendschutz und Entkriminalisierung bestimmen unsere Drogenpolitik

„Wie Alkohol ist auch Cannabis eine gesellschaftliche Realität, mit der wir einen adäquaten politischen Umgang finden müssen. Verbote und Kriminalisierung haben den Konsum nicht gesenkt, sie stehen einer effektiven Suchtprävention und Jugendschutz entgegen und binden enorme Ressourcen bei Justiz und Polizei. **Eine regulierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene soll in Modellprojekten von Ländern und Kommunen erprobt werden können**, begleitet durch Maßnahmen der Prävention, Beratung und Behandlung im Jugendbereich. **Zudem werden wir bundeseinheitlich regeln, dass der Besitz kleiner Mengen von Cannabis strafrechtlich nicht mehr verfolgt wird.**“, S. 52

„Wir bekämpfen organisierte Kriminalität, insbesondere den Menschenhandel, wie auch Drogenhandel, bandenmäßige Wohnungseinbrüche und Wirtschaftskriminalität.“, S. 51

<https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschlusse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>



### **Cannabis nur in der Medizin**

„Für medizinische Indikationen sollen unter ärztlicher Aufsicht Präparate mit dem Hauptwirkstoff zur Verfügung stehen. Wir befürworten den Ausbau der suchtpsychiatrischen Versorgung für eine dauerhafte Abstinenz von Drogen.“, S. 142

„Der erhebliche Anteil von Ausländern insbesondere bei der Gewalt- und Drogenkriminalität, aber auch bei öffentlichen Unruhen, führt derzeit viel zu selten zu ausländerrechtlichen Maßnahmen.“, S. 77

[https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210611\\_AfD\\_Programm\\_2021.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf)



### **„Kontrollierte Freigabe von Cannabis**

Wir Freie Demokraten fordern eine kontrollierte Freigabe von Cannabis. Wir setzen uns dafür ein, den Besitz und Konsum für volljährige Personen zu erlauben. Nur mit einem Verkauf in **lizenzierten Geschäften** können die Qualität kontrolliert, die Weitergabe von verunreinigten Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet werden. Wenn Cannabis ähnlich wie Zigaretten besteuert wird, können jährlich bis zu einer Milliarde Euro eingenommen werden. Zu beachten bleibt jedoch, dass eine zu hoch angesetzte Steuer und damit ein entsprechend hoher Preis nicht zur effektiven Eindämmung des Schwarzmarktes führen wird. Das zusätzliche Geld soll für Prävention, Suchtbehandlung und Beratung eingesetzt werden. Das Verbot von Cannabis kriminalisiert unzählige Menschen, bindet immense Polizeiresourcen und erleichtert durch illegalen Kontakt zu Dealern den Einstieg zu härteren Drogen.“, S. 30

[https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-08/FDP\\_BTW2021\\_Wahlprogramm\\_1.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-08/FDP_BTW2021_Wahlprogramm_1.pdf)



„Wir fordern die **Förderung des Hanfanbaus in ehemaligen Braunkohlegebieten**. Der Anbau von Hanf ist eine aussichtsreiche Chance, innerhalb des Strukturwandels einer ökologischen Nutzung der Bergbaufläche bei gleichzeitigem Angebot von Arbeitsmöglichkeiten unserer Forderung nach einem sozialökologischen Wandel gerecht zu werden.“, S. 68f.

### Schluss mit der Kriminalisierung der Drogen

„DIE LINKE setzt sich für einen Paradigmenwechsel ein: weg von der Strafverfolgung, hin zu Prävention, Beratung und Hilfe. Wir sehen es nicht als Aufgabe der Politik an, Menschen zu erziehen, sondern ihnen eine informierte und risikobewusste Konsumententscheidung zu ermöglichen. Wir wollen den Wunsch nach Rausch nicht moralisch werten. Er ist ein Bestandteil der Kultur, auch wenn damit Risiken und mögliche Schäden verbunden sind.

Nur durch eine gute Gesundheits- und Sozialpolitik ist eine Schadensreduzierung möglich. Mit dem Verbot von Drogen werden die Risiken für Konsumierende und Gesellschaft nicht wirksam reduziert. Es verhindert weder den Drogenhandel noch

senkt es wirksam den Konsum. Die Gesundheitsgefährdung durch Streckmittel, die Finanzierung der organisierten Kriminalität, Beschaffungskriminalität, sozialer Abstieg von Abhängigen, Begleiterkrankungen wie HIV/Aids und Hepatitis – viele drogenbezogene Probleme werden mehr durch die Repression verursacht als durch die Drogen selbst. Zugleich bindet die Repression große finanzielle Mittel: Mehrere Milliarden Euro werden für die Strafverfolgung ausgegeben, für Hilfe und Prävention nur ein Bruchteil davon. Drogen und Sucht sind ein Spiegel der Gesellschaft: Abhängig sein kann man nicht nur von illegalen oder legalen Substanzen, Tabak oder Alkohol, sondern zum Beispiel auch von Glücksspiel, Medikamenten und Energydrinks. Sucht hat vielfältige soziale und psychologische Ursachen und sollte – wie andere Erkrankungen auch – nicht als Versagen einzelner Menschen interpretiert werden.

- Wir wollen **Cannabis legalisieren**. Wir wollen eine vorrangig nichtkommerzielle Bezugsmöglichkeit schaffen und den Besitz sowie Anbau zum eigenen Bedarf erlauben. Als zeitlich befristete Übergangslösung schlagen wir **Modellprojekte zur legalen Verfügbarkeit in den Bundesländern bei gleichzeitiger bundesweiter Entkriminalisierung** der Konsumierenden vor.
- **Die gesetzlichen Regeln zur medizinischen Verwendung von Cannabis müssen im Sinne der Patient\*innen geändert werden. Der Zugang muss entbürokratisiert werden. Der Einsatz von Cannabis als Medizin muss auch bei weniger schweren Erkrankungen ermöglicht und der Genehmigungsvorbehalt der Krankenkassen abgeschafft werden. Wir wollen die Versorgungssicherheit verbessern, indem mehr Cannabis als Medizin in Deutschland angebaut wird. Die Bestimmungen zum Fahren von Fahrzeugen bei medizinischer Verwendung von Cannabis müssen endlich klar geregelt werden.**
- Substitutionstherapie muss allen Opioidabhängigen offenstehen. Der Zugang und die Behandlung müssen vereinfacht werden, vor allem auch in Haftanstalten. Dazu brauchen wir unter anderem mehr Substitutionsärzte. Auch die diarmorphingestützte Behandlung (Heroinvergabe) und die Take-Home-Regelung sollen ausgebaut werden. DIE LINKE fordert eine unabhängige wissenschaftliche Überprüfung, ob die bisherige repressive Drogenpolitik ihre Ziele erreicht und welche Nebenwirkungen sie entfaltet hat.
- Wir wollen die Kriminalisierung von Konsumierenden beenden. Dafür sollen für häufig gebrauchte Drogen bundeseinheitliche Höchstmengen festgelegt werden, bei deren Besitz keine Strafverfolgung erfolgt. In diesen Fällen muss die Strafverfolgung durch Beratungs- und Hilfsangebote ersetzt werden. Zudem werden so Mittel frei, die Organisierte Kriminalität zu bekämpfen.
- Im Vordergrund muss stehen: Schaden reduzieren und Leben retten. Deshalb wollen wir schadensminimierende Maßnahmen ausbauen. Wir wollen einen flächendeckenden Zugang zu Drogenkonsumräumen, zu sterilen Konsumutensilien und zur Take-home-Vergabe von Naloxon, das bei Opioidüberdosierung lebensrettend ist. Wir wollen, dass analysegestützte Präventionsprogramme (Drug Checking) ausdrücklich ermöglicht und von den Ländern durchgeführt werden. Wir wollen die Regelungen über Drogen im Straßenverkehr anpassen. Für alle Drogen werden Grenzwerte für die Blutkonzentration festgelegt, bei denen eine Einschränkung der Fahrtüchtigkeit praktisch ausgeschlossen werden kann. Dabei soll das Nüchternheitsgebot nicht angetastet werden. Cannabis- und alkoholkonsumierende Führerscheininhaber\*innen wollen wir rechtlich gleichstellen.

- Werbung und Sponsoring für Tabak- und Alkoholprodukte in der Öffentlichkeit wollen wir verbieten. Wir plädieren für die Einhaltung der Vorgaben der WHO-Tabakrahenkonvention. Tabakprodukte sollten in einheitlichen Verpackungen angeboten werden wie beispielsweise in Australien. Wir wollen den Nichtraucher- und Jugendschutz weiter ausbauen. Der Konsum von E-Zigaretten sollte als weniger schädliche Alternative zum Tabakkonsum angesehen und daher auch in steuerlicher Hinsicht günstiger gehalten werden.“, S. 131 f.

[https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE\\_LINKE\\_Wahlprogramm\\_zur\\_Bundestagswahl\\_2021.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf)



Für eine verantwortungsvolle Drogen- und Suchtpolitik

„Wir wollen einen Wechsel in der Drogenpolitik, der Gesundheits und Jugendschutz sowie die Befähigung zum eigenverantwortlichen Umgang mit Risiken in den Mittelpunkt stellt. Grüne Drogenpolitik beruht auf den vier Säulen Prävention, Hilfe, Schadensminimierung und Regulierung. Das heutige Betäubungsmittelrecht ist reformbedürftig. Auf dem Schwarzmarkt existiert kein Jugend- und Verbraucherschutz. Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. Grundsätzlich soll sich die Regulierung von Drogen an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientieren. Wir wollen Kommunen ermöglichen **Modellprojekte** durchführen und sie dabei unterstützen, zielgruppenspezifische und niedrigschwellige Angebote in der Drogen- und Suchthilfe auszubauen. Hierzu zählen etwa aufsuchende Sozialarbeit, Substanzenanalysen (Drug Checking), Substitutions- und Diarmorphinprogramme (auch in Haftanstalten) und Angebote für Wohnsitzlose sowie die bessere Vermittlung in ambulante und stationäre Therapie. Wir wollen Hindernisse für die Substitution durch Ärzt\*innen und Ambulanzen abbauen. Wir stärken die Suchtprävention mit modernen Ansätzen und digitalen Medien unter Einbeziehung der Zielgruppe, auch für Alkohol, Medikamente und Tabak. **Den Nichtraucherschutz wollen wir stärken. Für Drogen soll nicht geworben werden. Das derzeitige Verbot von Cannabis verursacht mehr Probleme, als es löst. Deshalb werden wir dem Schwarzmarkt den Boden entziehen und mit einem Cannabiskontrollgesetz auf der Grundlage eines strikten Jugend- und Verbraucherschutzes einen regulierten Verkauf von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen und klare Regelungen für die Teilnahme am Straßenverkehr einführen. Die Versorgung mit medizinischem Cannabis wollen wir verbessern und die Forschung dazu unterstützen.**“, S. 129

[https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021\\_barrierefrei.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf)

## 4. Aktuelle Aussagen von Bundespolitikerinnen und Bundespolitikern zu Cannabis

### 4.1 Die Kanzlerkandidatin & -kandidaten

*"Selbst einzelne Abgeordnete von der CDU, die gesagt haben, eigentlich müssten wir das mal gesetzlich so auf den Weg bringen, damit [...] auch für Ärztinnen und Ärzte, es nicht diese Probleme finanziell gibt, aber auch mit Blick auf Rechtssicherheit, genauso für Jugendliche, genauso wie für Polizei und Justiz, und da wäre es schön wenn wir auch in diesem Bereich fraktionsübergreifend [...] dass mit auf den Weg zu bringen."*

**Annalena Baerbock** (Die Grünen) - Kanzlerkandidatin der Grünen, am 23.03.2021 in einer Wahlprogrammdiskussion mit Grünen Neumitgliedern, ab Minute 1:02:00:

<https://peertube.netzbegrueung.de/videos/watch/9c08f553-56a0-4411-bb1f-5e19a48a33d0?start=1h2m0>

Legalisierung: *"Ja, wir wollen Cannabis freigeben, natürlich kontrolliert, so wie man das beim Alkohol auch tut."*

**Annalena Baerbock** (Grüne), Kanzlerkandidatin

<https://www.tagesspiegel.de/politik/entlastung-der-justiz-baerbock-fuer-kontrollierte-freigabe-von-cannabis/27553576.html>

*"Mein Grundprinzip ist: Keine Legalisierung von Drogen. [...] Die gesundheitlichen Schäden für Einzelne, gerade für junge Menschen, und die negativen Auswirkungen auf Familie und Gesellschaft sind zu groß."*

**Armin Laschet** (CDU), Kanzlerkandidat der CDU, am 04.09.2021 gegenüber der FUNKE-Mediengruppe

[https://www.n-tv.de/der\\_tag/Laschet-Keine-Legalisierung-von-Drogen-article22784637.html](https://www.n-tv.de/der_tag/Laschet-Keine-Legalisierung-von-Drogen-article22784637.html)

*"Bei Cannabis bin ich skeptisch. [...] Ich bin eher bei der Position, vorsichtig zu sein und es nicht zu legalisieren. [...] Cannabis zu legalisieren halte ich für falsch."*

**Armin Laschet** in der ARD-Wahlarena am 15.09.2021, ab Minute ca. 2:50:

<https://www.ardmediathek.de/video/ard-sondersendung/wahlarena-mit-armin-laschet/das-erste/Y3JpZ-DovL2Rhc2Vyc3RILmRIL2FyZC1zb25kZXJzZW5kdW5nL2Y4NzJmOGY4LTY2MzktNDY0OS1iZGUzLTdmNzc5YT-dkNTVINQ/>

*"Ich persönlich [...] war immer sehr skeptisch was bestimmte Fragen betrifft die z.B. einen toleranteren Umgang betreffen mit dem Kiffen. Aber meine Jugendorganisation hat mich überzeugt, daß wir da **ein bisschen mehr Lockerheit entwickeln müssen** zumindest für eine bestimmte Form bei der Originalabgabe von Stoffen [...] um das besser in den Griff zu bekommen. Aber es bleibt dabei, dass das keine gesunde Sache ist."*

**Olaf Scholz** (SPD) - Finanzminister und Kanzlerkandidat der SPD, am 06.09.2021 in der ARD-Produktion

"[Deutschland3000](#) - 'ne gute Stunde mit Eva Schulz" - ab ca. Minute 14:40.

## 4.2 Die Fachpolitiker

Auf der **International Cannabis Business Conference** am 26.08.2021 in **Berlin** wurde auf einer vom **BvCW** organisierten **Podiumsdiskussion** mit Fachpolitikern über Cannabis-Reform-Felder (Medizin, Nutzhanf/Lebensmittel, CBD & Genußmittel) debattiert. Hier lesen Sie zentrale Aussagen:

Die vollständige Diskussion sehen Sie hier: [www.youtube.com/watch?v=4XAd9Za\\_ebo](https://www.youtube.com/watch?v=4XAd9Za_ebo)

Unsere Diskussionsteilnehmer waren:

**Burkhard Blienert**, ehem. MdB (SPD), ehemaliger Drogenpolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion

**Werner Graf** (GRÜNE), Landesvorsitzender der Berliner Grünen

**Niema Movassat**, MdB (DIE LINKE) - Drogenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

**Erwin Rüddele**, MdB (CDU) - Vorsitzender des Gesundheitsausschusses des Bundestages

**Dr. Wieland Schinnenburg**, MdB (FDP) Drogenpolitischer Sprecher der FDP Bundestagsfraktion

Moderiert wurde die Diskussion von **Jürgen Neumeyer**, Geschäftsführer des BvCW.

### Medizinalcannabis

**Niema Movassat**, MdB (DIE LINKE)

ab 9:51: „Wir haben auch im Bundestag als Linke einen Antrag gestellt, den **Genehmigungsvorbehalt zu streichen**. [...] Wir bräuchten auch dringend mehr **Fortbildungen**, mehr sozusagen Anreize auch sich damit zu befassen für Ärztinnen und Ärzte, dazu gehört natürlich auch der **Ausschluss von Regressforderungen**. [...] Wir müssen an das Gesetz nochmal ran, [...] damit die **Krankenkassen nicht weiter Anträge ablehnen**. Wir müssen auch darüber nachdenken, wie wir die **Preise** in den Apotheken senken können. [...] Alleine um den Deutschen Bedarf [an medizinischem Cannabis, Anm. d. Red.] zu decken, müsste mehr als **das zehnfache angebaut werden** und das muss angepackt werden. [...] Ich teile das, dass die Hürden auch bürokratisch zu hoch sind.“

**Erwin Rüddele**, MdB (CDU)

ab 11:38: “Ich sehe auch **Handlungsbedarf**, [...] wir brauchen insgesamt eine Aufklärungsstrategie. Diese Aufklärung muss also den Arzt erreichen, muss aber auch den Patienten erreichen. [...] Ich könnte mir vorstellen, wenn man hier die **Forschung** intensiviert, dass man weitere Bereiche findet, wo also Cannabistherapien sinnvoll sind für den Patienten. Deshalb müssen wir nach meiner Meinung mehr in Forschung investieren, wir müssen **aufklären in alle Richtungen: Patient, Arzt, auch Kassen**. Und ich bin auch der Meinung, dass wir den **Anbau intensivieren** müssen.“

**Burkhard Blienert**, ehem. MdB (SPD)

ab 16:30: “Wir wissen die **Flaschenhalse: Arzt, der Preis** in der Apotheke, das was gesagt wurde am **Anbau** selber hier in Deutschland, wie stark das **durchbürokratisiert** ist, ich glaube da können wir manche Hürde wirklich abbauen. Ich stelle eine Einigkeit fest, ich nehme euch alle beim Wort. Hinterher, 2022, werden wir alle dann zum Schwur kommen. Das muss nämlich aus meiner Sicht zügig passieren, wir dürfen nicht länger warten. [...] Die **Therapiefreiheit des Arztes** ist festgelegt. Das können wir nochmal stärken, indem wir da stärker die Anforderungen nochmal hinein legen, was **Weiterbildung**, Fortbildung betrifft. Und das wir das ganze Spektrum natürlich öffnen, der Anwendungen, da gibt es manches, was im Moment unter der Evidenz noch eher nicht verschrieben wird, aber wo wir da glaube ich freier sein können, wenn wir da auch in die **Forschung** rein gehen.“

## Werner Graf (GRÜNE)

ab 14:49: „**Die Mengen [von medizinischem Cannabis] sind viel zu gering, die Hürden viel zu hoch.** Wir müssen das auch **Outdoor** viel einfacher anbieten können. Es kann bei vielen Punkten nicht sein, dass, wenn man sich darum bewerben will, das schonmal gemacht haben muss, gerade wenn wir es neu einführen. Wichtig ist, dass das Produkt, das hinten raus kommt, gerade bei der Medizin das richtige ist, und nicht das man die Hürden davor zu hoch setzt. [...] Wo wir auch nochmal rein müssen, und da ist einfach eine extremste Lücke, ist in die **Forschung**. Und da ist die Politik auch gefordert, dass wir gerade nochmal weiterforschen, welche positiven Aspekte und welche heilenden Aspekte hat Cannabis, damit wir auch da mit reingehen. Ich glaube da muss man auch nochmal **deutlich mehr Geld zur Verfügung** stellen, damit diese Forschung auch mit passiert und damit das Medikament dann auch besser angebaut werden kann.“

## Dr. Wieland Schinnenburg, MdB (FDP)

ab 08:25: „Wenn es [der Antrag auf Kostenerstattung für medizinisches Cannabis] genehmigt wurde, **muss der Regress ausgeschlossen werden!** [...] Die Menge [von in Deutschland produziertem medizinischem Cannabis] ist viel zu gering. 2,8 Tonnen pro Jahr bei einem eigenen Bedarf von 30 Tonnen. **Wir als FDP wollen 100 Tonnen**, ja sie haben richtig gehört, 100 Tonnen, mehr, über den deutschen Markt hinaus. Wir wollen Deutschland zu einem **Cannabisexportland** machen. Dazu gehört auch eine **Entbürokratisierung**.[...] Man muss [die Herstellung] nicht unbedingt in einem Betonbunker machen. **Der Staat muss auch nicht de facto oder de jure der Hersteller sein**, das muss dringend liberalisiert werden! [...] Kanada und Israel, zieht euch warm an, denn wenn die FDP an die Regierung kommt, dann gibts Konkurrenz aus Deutschland.“

## Nutzhanf

### Dr. Wieland Schinnenburg, MdB (FDP)

ab 22:29: „**Die Situation [bei Nutzhanf, Anm. d. Red.] ist ein völlig unhaltbarer Zustand.** Der wichtigste Punkt ist **Rechtsunsicherheit**. [...] Es kann doch nur um eine einzige Sache gehen: Nämlich darum, ob durch diese Produktion gefährliche Betäubungsmittel produziert werden, das muss ich ausschließen, alles andere ist doch nun Käse. Und 0,2 % [THC, Anm. d. Red.], das ist eine völlig ungeeignete **Grenze** in meinen Augen, die **kann deutlich höher liegen**. [...] Wir müssen es so organisieren, dass es ausreicht, wenn man einen seriösen Test vorlegt, unabhängig davon, was ich nachher in meinem Regal liegen hab. Also wir brauchen schlicht **Rechtssicherheit**, da muss dringend was passieren.[...] Deshalb glaube ich, müssen wir in das Gesetz auch noch vorsehen, **genauere Vorgaben für die Exekutive**. **Es kann nicht sein, dass einzelne - längst nicht alle - Verwaltungen**, kurz gesagt, **durchdrehen**.“

## Werner Graf (GRÜNE)

ab 22:46: „Das [zum Thema Rechtssicherheit, Anm. d. Red.] geht doch ganz einfach: **Nutzhanf raus raus aus dem Betäubungsmittelgesetz.** Damit ist alles gemacht, das ist der perfekte **Bürokratieabbau**. [...] Dann haben wir da die ganzen Probleme nicht mehr. Bestimmen wir die Samen und die Pflanzen, die da drunter liegen, und dann können wir die einfach anbauen. [...] Wir brauchen **Nutzhanf für die ökologische Wende**. [...] Wir brauchen guten Dämmstoff, Hanf ist da geeignet. Wir müssen bei der Baumwolle weg, da ist auch Hanf geeignet. [...] Wir müssen eine ganz andere Politik machen. Wir müssen deutlich hoch mit dem Grenzwert. [...] Ich gehe auch bei **1 % THC**, Anm. d. Red.] mit, wie es in der Schweiz ist und dann muss die ganze Bürokratie weg, ohne weitere Anmeldungen.“

## Niema Movassat, MdB (DIE LINKE)

ab 25:09: „Grüne und Linke haben ja im Bundestag auch gemeinsam einen Antrag eingebracht, der wurde abgelehnt, um den **Grenzwert auf 0,6** zu setzen, damit wir sozusagen den italienischen Wert zu nehmen, also ein EU-Land, das ist doch sozusagen eine Referenz. Ich kann auch **mit 1 % [THC, Anm. d. Red.]** sozusagen leben. Ob 0,6 oder 1 %, es ist ja in beiden Fällen ausgeschlossen, das ein Rausch entsteht. Das ist der entscheidende Punkt. Deshalb hat es auch nichts im BtMG zu suchen. [...] Es wurde ja schon gesagt, dass der

Anbau von Nutzhanf auf den Feldern so schwierig ist, also die **bürokratischen Hürden**, den Antrag zu stellen beim Bundesamt für Landwirtschaft in Ernährung in dreifacher Ausfertigung mit zig Anlagen, dass man jede Ernte sozusagen anmelden muß, dass wenn der Grenzwert überschritten werden muss, dass (man) theoretisch die ganze Ernte vernichten muss. **Dieser bürokratische Wahnsinn muss weg**, weil in der Tat auch Nutzhanf in vielerlei Hinsicht sinnvoll ist. [...] Nutzhanf ist auch im Bereich der **ökologischen Wende** gut. Wir haben sogar in unserem Wahlprogramm, das finde ich nochmal ne ganz nette Idee, drin, das dort, wo jetzt die Braunkohlereviere geschlossen werden, dass wir dort Nutzhanf anbauen damit wir dort sozusagen die ökologische Wende voran zu bringen und Arbeitsplätze schaffen. [...] Wir müssen auf jeden Fall ran, das ist ein großes Thema!"

**Burkhard Blienert**, ehem. MdB (SPD)

ab 27:58: "Punkt 1: [...] **Raus aus dem Betäubungsmittelgesetz** finde ich absolut **notwendig und richtig**. Punkt 2: [...] Wir brauchen zwei Vereinbarungen jetzt für die kommende Legislaturperiode. Es muss Gegenstand bei den **Koalitionsverhandlungen** sein: **Förderung von Nutzhanf in Deutschland**, das heißt auch dementsprechend Ausbau der Förderung auch, dass haben wir schon mal in der Vergangenheit häufiger gehabt, dass muß stärker werden. Der zweite Punkt der in den **Koalitionsverhandlungen** vereinbart werden muss ist eine **Initiative auf europäischer Ebene**, damit eben **ganz klar regulatorische Grenzen** auf europäischer Ebene was ja heute immer noch hier dann auch reinwirkt, abgebaut werden können, und wir da einheitlich in Europa auch vorangehen können und das ganze fördern können."

**Erwin Rüdell**, MdB (CDU)

ab 29:06: „Wenn ich beobachte, wie sich auch dieser **Markt in den letzten Jahren verändert** hat, und wir, das habe ich ja am Anfang auch gesagt, und **wir ihn stärken wollen, auch in Deutschland, wird man zu Veränderungen kommen müssen**. Politik ist immer ein dynamischer Prozess. Und wir haben jetzt seit Einführung Medizinalcannabis sind jetzt vier Jahre vergangen. Und ich denke, wie Herr Blienert sagt, 22 wird ein Jahr sein, wo man dann entsprechende Rückschlüsse ziehen muss und Entscheidungen treffen muss. **Aber ich sehe insgesamt auch einen Veränderungsbedarf**. Wobei es jetzt noch nicht Diskussionslage meiner Partei ist, dass man hier über Mengen und Gehalt redet, aber man siehts ja auch an der Neupositionierung insgesamt, was also legale Mengen angeht, bei privaten Konsum, bei der Drogenbeauftragten, also **ich sehe hier einen Veränderungsprozess**. Wie weit der dann geht, das wird man 22 oder bei den **Koalitionsverhandlungen** dann ausloten müssen [...]"

## CBD

**Niema Movassat**, MdB (DIE LINKE)

ab 37:10: "Wir haben ja erstens zum Glück abwenden können, dass die EU-Kommission ernsthaft hingehet und CBD als Betäubungsmittel einsortiert, das war ja geplant, das ist abgewendet worden zum Glück, das wäre ja auch völlig wissenschaftlich irrsinnig gewesen. Das zeigt ja auch wie problematisch die Debatten auf EU-Ebene sind. Das CBD im Katalog der Novel Food Verordnung steht, als neuartiges Lebensmittel, ich meine - CBD gibts länger als die EU - also deutlich länger, also insofern ist das schon ein bisschen absurd. Sicherlich, bei **synthetisch hergestelltem CBD** würde ich auch sagen, dass ist **Novel Food**, das ist was neuartiges, das sozusagen natürlich hergestellte CBD ist kein CBD und gehört da raus und wäre ja auch für viele Händlerinnen und Händler eine deutliche Verbesserung. [...] Deutschland hat ja auch einen gewissen Ermessensspielraum und den müsste Deutschland auch nutzen, um hier sozusagen eine Regelung zu schaffen, die **CBD-Herstellern ermöglicht, CBD-Lebensmittel abseits der Novel Food Verordnung auf den Markt zu bringen**, damit eben nicht der Staatsanwalt am Ende vor der Tür steht."

**Dr. Wieland Schinnenburg**, MdB (FDP)

ab 39:20: "Wobei ich bei der **zweiten Stufe** [dies bezieht sich auf die Fragestellung mit CBD angereicherte Extrakte als "Novel Food" einzustufen, Anm. d. Red.] noch gar nicht so streng wäre, [...] da wäre ich fast

**noch großzügiger als sie.** Man muß nicht automatisch, zu die dicke Keule auszupacken. Mein Maßstab: **Solange ein CBD-Produkt keinerlei Gefahr hat**, irgendwie als Betäubungsmittel verwendet zu werden, **da bin ich für extreme Liberalisierung.**"

**Werner Graf (GRÜNE)**

ab 39:40: „Man muss sich diesen Eiertanz mal bei Karamalz oder solchen Produkten vorstellen, es ist einfach eine **Behinderung der Wirtschaft und von Produkten & von Innovation**. Das kann einfach so nicht sein, und deshalb: Solange wir nicht die Legalisierung bekommen - dann hätten wir eine ganz andere Situation und Ausgangslage - muss man das einfach vereinfachen.“

**Erwin Rüdell, MdB (CDU)**

ab 40:09: „Ich sehe hier auch die Möglichkeit dass man zumindest in den **ersten beiden** von Ihnen genannten **Fällen** [dies bezieht sich auf die Fragestellung zu einem unregulierten Bereich für natürlich vorkommendes CBD und auf einen Bereich als "Novel Food" mit CBD angereicherte Extrakten, Anm. d. Red.]) **zu mehr Flexibilität** kommt. Ich sehe das **ähnlich wie Herr Dr. Schinnenburg.**"

**Burkhard Blienert, ehem. MdB (SPD)**

Nachdem sich die anderen Diskussionsteilnehmer für Lockerungen ausgesprochen haben (ab 40:48): "Da können wir also wirklich jetzt mal diesen 3. Punkt auch abschließen. [...] Mit **CBD, da könnt ihr als Branchenverband so richtig jetzt Gas geben** und da können wir so richtig was erreichen in der kommenden Legislaturperiode."

## Regulierung von Cannabis als Genußmittel

**Erwin Rüdell, MdB (CDU)**

Genussmittel ab 35:05 "Ich habe mich ja schon vor drei Jahren positioniert, dass wir ein **Modellprojekt** auf den Weg bringen sollten. Hier gibt es also ja unterschiedliche Positionen, die einfach mal neutral objektiv überprüft werden sollten. Das man dann daraus Rückschlüsse zieht. Im Moment habe ich das Gefühl, dass die Argumente aufeinanderprallen, ohne dass Bewegung in die Sache kommt. Deshalb denke ich sollte man in einer **Modellregion**, die gut überlegt sein sollte, mit festgelegten Mengen und festgelegten Personen Cannabis abgegeben werden können. Dass das dann **wissenschaftlich ausgewertet** wird, dass man das dann als Grundlage nimmt [...]"

sowie ab 1:01:02: "Der legale Erwerb und Konsum von Cannabis ist sicherlich ein Thema, wo also noch **Überzeugungsarbeit** [in der **CDU**, Anm. d. Red.] geleistet werden muss. Ich sage ja nicht, wir machen das, sondern wir sollten ein Modellprojekt auf den Weg bringen um Argumente zu haben dafür oder dagegen und da glaube ich **wird der Kreis größer**, die diesen Weg mitgehen wollen in Richtung Modellprojekte, als das noch vor 1-2 Jahren der Fall war."

**Burkhard Blienert, ehem. MdB (SPD)**

ab 43:42: „Ein ganz klarer **Auftrag: 2022**. Wir haben eine gute Grundlage mit dem grünen Cannabiskontrollgesetz. Das als **Blaupause** auch zu nehmen mit einer Expertengruppe die regulatorischen Maßnahmen auszuleuchten, dass wir einen Gesetzentwurf 2023 im Kabinett, im Parlament, vorlegen können und **2024 das ganze parlamentarische Verfahren** abschließen können zu einem regulierten Cannabismarkt in Deutschland. [...] Ich möchte einen **regulierten Cannabismarkt** mit regulierten Produkten, über Fachgeschäfte, über kontrolliertes **Fachpersonal**, das ist - finde ich - ein gangbarer Weg wo wir wieder Anschluss finden können an viele andere Länder, die den Weg schon gegangen sind. Wir können von den Erfahrungen abschöpfen. [...]"

**Niema Movassat, MdB (DIE LINKE)**

Ab 48:35: „[...] Deshalb brauchen wir endlich einen **regulierten Cannabismarkt**. Wir stellen uns das vor allem vor durch **Cannabis-Fachgeschäfte** und **Cannabis-Social-Clubs**. Wir setzen uns sozusagen für den Eigenanbau auch ein mit letzterem. Die Apotheken wollen wir nicht drin haben. In den Apotheken kaufe ich ja auch nicht mein Bier. Das ist nicht der Ort, wo man zu Freizeit und Genußzwecken hingehet, sondern wenn man bestimmte medizinische Indikatoren hat, und deshalb gehört das für mich in spezialisierte Geschäfte und Cannabis Social Clubs.“

**Werner Graf (GRÜNE)**

Ab 54:06: “Ich diskutiere auch gerne ob Apotheken oder Fachgeschäfte [Cannabis abgeben sollen, Anm. d. Red.], das ist alles eine Feinschmeckerdiskussion für mich, weil ich bin sehr für **Fachgeschäfte**. Apotheken sind für Medikamente, Genuß ist nochmal was anderes. Das würde ich prinzipiell auch unterscheiden, aber ich nehm auch Apotheken. Das ist mir wurscht im Augenblick, hauptsache wir kommen da mal Schritte voran, weil es kann doch nicht sein, wir diskutieren seit Jahrzehnten die Systematik. In der Klimapolitik sagen wir **“Listen to the Science!”**, ich würde mir das in der **Drogenpolitik** auch verdammt nochmal wünschen.”

## 4.3 Weitere Aussagen von Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern

### Medizinalcannabis

*„Mit dem hier produzierten Cannabis können wir die Abhängigkeit von Importen aus dem Ausland verringern. [...] Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, Medizinalcannabis zu exportieren und auch gezielt zum Export anzubauen. Made in Germany kann auch mit Blick auf Cannabis ein Qualitätssiegel werden.“*

**Christine Aschenberg-Dugnus**, MdB (FDP), Gesundheitspolitikerin, bei der besichtigung der Cannabis-Produktionsanlage im schleswig-holsteinischen Neumünster von Aphria Rx GmbH (100% Tochtergesellschaft von Tilray).

<https://www.apotheke-adhoc.de/branchennews/alle-branchennews/branchennews-detail/tilray-mdb-christine-aschenberg-dugnus-informiert-sich-ueber-medizinisches-cannabis-in-der-bundesweit/>

### Nutzhanf

*“Nutzhanf muss endlich aus dem Betäubungsmittelgesetz gestrichen werden. Zudem müssen die bisher in Deutschland diskriminierend niedrig festgelegten THC-Grenzwerte auf mindestens 0,6 Prozent in der Trockenmasse angepasst werden. Auch hier ist sich die Wissenschaft unterdessen einig. Neben rechtlichen Hürden muss das regionale Wertschöpfungspotenzial gefördert werden, damit der Hanfanbau endlich auch in unserem Land die Fahrt aufnehmen kann, die er in anderen Ländern längst hat.“*

**Dr. Kirsten Tackmann**, MdB (DIE LINKE), Obfrau im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft des Bundestages.

<https://die-linke.news/dr-kirsten-tackmann-mdb-geb-t-den-nutzhanf-frei>

### CBD

*“CBD für die medizinische Nutzung wird von der Bundesregierung schändlich vernachlässigt, da nur THC-haltige Sorten zum Anbau vorgesehen sind.“*

**Kirsten Kappert-Gonther**, MdB (GRÜNE), Obfrau im Gesundheitsausschuss des Bundestages sowie Sprecherin für Drogenpolitik Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN.

<https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/cannabis-als-medizin-corona-verzoegert-erste-legale-hanf-ernte/26216690.html>

### Entkriminalisierung / Legalisierung / Modellprojekte:

*“Richtig ist auch, dass es um andere, bessere Sanktionen und um eine Entlastung von Polizei und Justiz gehen muss. Deshalb trete ich dafür ein, den Besitz von kleinen Mengen als Ordnungswidrigkeit zu ahnden und nicht mehr als Straftat. Die Konsumenten sollten wie in Portugal wählen können, ob sie ein Bußgeld zahlen oder sich einer Suchtberatung unterziehen. [...] Vertretbar wäre aus meiner Sicht eine Grenze von sechs Gramm [Cannabis zum Eigenbedarf, Anm. d. Red.] - und zwar bundesweit“*

**Daniela Ludwig**, MdB (CSU), Drogenbeauftragte der Bundesregierung

<https://www.rnd.de/politik/drogenbeauftragte-zu-cannabis-15-gramm-sind-zu-viel-6-gramm-sind-vertretbar-ZFDMG5FQNBAXLGHPUVVCX5JALU4.html>

*„Meiner Meinung nach müsste man deshalb einen Schritt weiter gehen und die Freigabe im Rahmen eines Modellprojekts erproben, um entweder eine Bestätigung für die Vorbehalte zu bekommen oder aber dafür, dass man die Dinge doch etwas anders angehen sollte als es heute der Fall ist. [...] Auf jeden Fall könnte ich mir vorstellen, dass man ein solches Projekt in einer gut ausgesuchten Region mit einem definierten Kreis Zugangsberechtigter umsetzt und die Abgabe mit Suchtprävention und Beratung verbindet“*

**Erwin Rüdgel**, MdB (CDU) - Vorsitzender des Gesundheitsausschusses des Bundestages

<https://www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/politik/rueddel-apotheken-sollen-cannabis-verkaufen/>

*“Im Übrigen bin ich für die kontrollierte Abgabe von Cannabis. Das bringt den Apotheken nebenbei mehr Umsatz.“*

**Christian Lindner**, MdB (FDP), Bundesvorsitzender der FDP

<https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/daz-az/2017/daz-30-2017/zitate-der-woche>

## 4.4 Sommerinterviews des Deutschen Hanfverbands (DHV)

**Dirk Heidenblut**, MdB (SPD): DHV-Sommerinterview mit dem Drogenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion:

<https://hanfverband.de/nachrichten/news/sommerinterview-dirk-heidenblut-spd-video>

**Dr. Kirsten Kappert-Gonther**, MdB (GRÜNE): DHV-Sommerinterview mit der Drogenpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

[https://www.youtube.com/watch?v=wIQipX-0kx8&list=PLVlv6wGMA82RvV\\_goO1a0J0uGPh11j6TT&index=3](https://www.youtube.com/watch?v=wIQipX-0kx8&list=PLVlv6wGMA82RvV_goO1a0J0uGPh11j6TT&index=3)

**Dr. Wieland Schinnenburg**, MdB (FDP): DHV-Sommerinterview mit dem Drogenpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion:

[https://www.youtube.com/watch?v=LtS7FxDSiQc&list=PLVlv6wGMA82RvV\\_goO1a0J0uGPh11j6TT&index=4](https://www.youtube.com/watch?v=LtS7FxDSiQc&list=PLVlv6wGMA82RvV_goO1a0J0uGPh11j6TT&index=4)

**Niema Movassat**, MdB (DIE LINKE): DHV-Sommerinterview mit dem Drogenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE:

[https://www.youtube.com/watch?v=d\\_6QUpNFvH0](https://www.youtube.com/watch?v=d_6QUpNFvH0)

DHV-Diskussionsrunde mit **Dirk Heidenblut** (MdB, SPD), **Niema Movassat** (MdB, DIE LINKE), **Kirsten Kappert-Gonther** (GRÜNE) & **Wieland Schinnenburg** (FDP):

[https://www.youtube.com/watch?](https://www.youtube.com/watch?v=ZHT9jpmPdi8&list=PLVlv6wGMA82RvV_goO1a0J0uGPh11j6TT&index=5&t=3569s)

[v=ZHT9jpmPdi8&list=PLVlv6wGMA82RvV\\_goO1a0J0uGPh11j6TT&index=5&t=3569s](https://www.youtube.com/watch?v=ZHT9jpmPdi8&list=PLVlv6wGMA82RvV_goO1a0J0uGPh11j6TT&index=5&t=3569s)

## 5. Weiterführende Materialien

Hier erhalten Sie weitere Informationen zu den Themen unserer Fachbereiche Medizinalcannabis, CBD, Nutzhanf & Lebensmittel sowie Technik, Handel & Dienstleistung:

Positionen aus dem Fachbereich Medizinalcannabis:

<https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2020/11/Elemente-Nr.-3-Medizinalcannabis-.pdf>

Positionen aus dem Fachbereich Technik, Handel & Dienstleistung:

[https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/04/Elemente\\_11\\_Positionen\\_TechnikHandelDienstleistung\\_BvCW\\_2021.pdf](https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/04/Elemente_11_Positionen_TechnikHandelDienstleistung_BvCW_2021.pdf)

Positionen aus dem Fachbereich Nutzhanf & Lebensmittel:

[https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/05/ELEMENTE12\\_Nutzhanf\\_Positionierungen\\_BvCW.pdf](https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/05/ELEMENTE12_Nutzhanf_Positionierungen_BvCW.pdf)

Positionen aus dem Fachbereich CBD & andere Cannabinoide:

[https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/08/ELEMENTE\\_16\\_Nutzhanfblüten\\_CBD\\_BvCW.pdf](https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/08/ELEMENTE_16_Nutzhanfblüten_CBD_BvCW.pdf)

Aussagen von Bundestagsabgeordneten zu CBD:

[https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2020/11/BvCW\\_ELEMENTE\\_7\\_Mitglieder\\_des\\_BundestagesMdB\\_Aussagen\\_zu\\_CBD.pdf](https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2020/11/BvCW_ELEMENTE_7_Mitglieder_des_BundestagesMdB_Aussagen_zu_CBD.pdf)

Aussagen von Bundestagsabgeordneten zu Medizinalcannabis:

[https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/03/BvCW\\_ELEMENTE\\_9\\_Mitglieder\\_des\\_BundestagesMdB\\_Aussagen\\_zu\\_Medizinalcannabis.pdf](https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/03/BvCW_ELEMENTE_9_Mitglieder_des_BundestagesMdB_Aussagen_zu_Medizinalcannabis.pdf)

Deutscher Bundestag (2021). Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft. Bundestagsdrucksache 19/31100:

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/311/1931100.pdf>